

Kindesmissbrauch: 23-Jähriger verurteilt

Verden/Stolzenau. Wegen schweren sexuellen Missbrauchs eines Kindes in 13 Fällen, einem weiteren Missbrauchsfall sowie Nötigung ist ein 23-Jähriger aus Stolzenau (Kreis Nienburg) am Freitag vom Landgericht Verden zu einer Jugendstrafe von viereinhalb Jahren verurteilt worden. Bei dem Opfer des zwischen April 2018 und November 2019 begangenen Missbrauchs handelt es sich um einen heute zwölfjährigen Jungen.

Der Angeklagte hat die Vorwürfe während des viertägigen Prozesses vor der großen Jugendkammer konsequent bestritten. Es habe eine Freundschaft zu dem Kind bestanden, aber niemals sexuelle Übergriffe gegeben. „Zur sicheren Überzeugung“ des Gerichts haben sich die Taten aber „wie angeklagt“ ergeben, auch während einer vorübergehenden, vom Amtsgericht verhängten Kontaktsperrung. Der betroffene Junge hatte sich im Ermittlungsverfahren erst nicht äußern wollen. Bei seiner audiovisuellen Vernehmung durch eine Amtsrichterin im Februar schilderte er die Missbrauchstaten dann ausführlich – „erlebnisbasiert und detailreich“, wie in der Urteilsbegründung betont wurde. Der Angeklagte wurde nach Jugendrecht verurteilt, da er während der meisten Taten noch Heranwachsender war und eine „erhebliche Reifeverzögerung“ vorliege. ASI

UNFALL AUF DER A 1

Mehr als 1000 Liter Sahne auf der Fahrbahn

Wildeshausen. Nach einem Unfall zweier Lastwagen sind 1000 bis 2000 Liter Sahne auf die Autobahn 1 nahe Wildeshausen geflossen. Wie die Polizei mitteilte, hatte ein 30-Jähriger Sattelzugfahrer am Donnerstagabend nahe der Anschlussstelle Wildeshausen-West ein Stauende übersehen. Er fuhr auf den Tanklastwagen eines 35-Jährigen auf. Beide Fahrer wurden leicht verletzt in ein Krankenhaus gebracht. Bei dem Unfall wurde der Auflieger des Tanklastwagens so stark beschädigt, dass die darin geladene Sahne auf die Straße floss. Für die Reinigungsarbeiten musste die Autobahn in Richtung Osnabrück bis zum heutigen Freitagmorgen gesperrt werden. DPA

WIRTSCHAFTSMINISTERIUM

Bis 800 Euro Förderung beim Kauf eines Lastenrads

Hannover. Bei dem Kauf eines Lastenrades können Menschen in Niedersachsen bis zu 800 Euro Förderung vom Land erhalten. Die Anträge könnten nun bei der NBank gestellt werden, wie das Wirtschaftsministerium am Donnerstag in Hannover mitteilte. Wer sich ein Lastenrad ohne elektischen Antrieb kauft, erhält demnach 400 Euro. Bei einem E-Lastenrad sind es 800 Euro Förderung. Für dieses Programm stehen dieses Jahr laut Ministerium 700.000 Euro zur Verfügung. „Mit unserer Förderung wollen wir dazu beitragen, dass künftig noch mehr Menschen gerade auf kurzen Strecken vom Auto aufs Lastenrad umsteigen“, sagte Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU). DPA

ERMITTLUNGEN IN NORDHOLZ

Experten untersuchen illegales Waffenlager

Nordholz. Nach dem Fund eines großen Waffendepots in einem Wohnhaus in Nordholz (Landkreis Cuxhaven) untersuchen Sachverständige die einzelnen Teile, wie ein Polizeisprecher am Freitag sagte. Haftbefehl wurde nicht erlassen, wie Oberstaatsanwalt Johannes Kiers sagte. Es liege kein Haftgrund wie etwa Flucht- oder Verdunklungsgefahr vor. Die Staatsanwaltschaft und die Polizei Cuxhaven ermitteln gegen einen 50 Jahre alten Nordholzer wegen möglicher Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Waffengesetz. Die Polizei hatte in dem Haus des Mannes am Dienstag mehrere hundert Waffen und Munition gefunden. DPA



Varusschlacht: Neue Funde in Kalkriese

Bei den archäologischen Forschungen zur historischen Varusschlacht in Kalkriese verdichten sich die Hinweise auf ein römisches Lager. Lange Zeit gingen die Forscherinnen und Forscher von der Annahme aus, dass in der kleinen Bauerschaft nördlich von Osnabrück die Überreste eines germanischen Hinterhalts gegen die römischen Truppen aus dem Jahr 9 nach Christus gefunden wurden. Die Grabungen der vergangenen Jahre sprachen aber eher dafür, dass es sich tatsächlich um ein von den Römern angelegtes Marschlager gehandelt haben dürfte, sagte der Geschäftsführer des Museums und archäologischen Parks Kalkriese, Stefan Burmeister, am Freitag. Das bedeute nicht, dass die Varusschlacht woanders stattgefunden habe müsse, sagte Burmeister. „Das Lager sehen wir schon in Zusammenhang mit der Varusschlacht“, betonte er. Studierende wie Johannes Dehl (Foto) untersuchen die Fundstücke. TEXT: DPA/FOTO: FRISO GENTSCH/DPA

Betrug im Impfzentrum

Das Deutsche Rote Kreuz soll in Friesland mehr Lohn abgerechnet als ausgezahlt haben

VON LENNART STOCK

Jever. Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) soll laut einem „Spiegel“-Bericht im Impfzentrum Friesland zu hohe Gehälter abgerechnet haben. Wie das Nachrichtenmagazin am Freitag berichtete, soll der DRK-Kreisverband Jeverland, der das Impfzentrum in Schortens bis Ende August betrieb, mehr als 50.000 Euro im Monat an Lohnkosten vom Kreis Friesland eingenommen haben, die nicht an die Angestellten ausbezahlt wurden.

Demnach vereinbarte das DRK mit dem Landkreis Friesland einen Stundenlohn, der bis zu drei Mal so hoch war wie die tatsächlich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgezahlten Gehälter. Der DRK-Kreisverband reagierte auf eine Anfrage zunächst nicht.

Der „Spiegel“ bezieht sich in dem Bericht etwa auf die Gehaltsabrechnung einer Verwaltungsangestellten, die im Juli 2152 Euro brutto verdiente. Nach Abzug der Nebenkosten blieben ihr demnach 1502 Euro. Laut dem Bericht stellte das DRK dem Landkreis für die Angestellte jedoch 6566 Euro in Rechnung.

Angestellte wie examinierte Krankenschwestern und Arzthelferinnen, die auch impfen dürfen, seien demnach mit 8294 Euro

noch höher abgerechnet worden. Auf der Gehaltsabrechnung einer Arzthelferin wurde laut „Spiegel“ ein Bruttolohn von 3000 Euro ausgewiesen, ausgezahlt bekam sie jedoch lediglich rund 2000 Euro Nettolohn.

Frieslands Landrat Sven Ambrosy reagierte betroffen: „Wir sind enttäuscht. Das mag vielleicht legal sein, was das DRK da gemacht hat, aber ich finde es nicht legitim.“ Für den Betrieb des Impfzentrums seien eine Vollkostenpauschale in drei Eingruppierungen samt eine Verwaltungskostenpauschale

vereinbart worden, damit der Arbeitgeber, also das DRK, nicht auf möglichen Kosten sitzen bleibe, sagte der SPD-Politiker auf Nachfrage.

Der Kreis sei aber auch davon ausgegangen, dass nach Abzug der gesetzlichen Abgaben und Steuern der Lohn vollständig den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zukam. Das sei nun offensichtlich nicht erfolgt. „Das haben die Angestellten nicht verdient, die haben einen tollen Job gemacht“, sagte Ambrosy.

Ein Sprecher des niedersächsischen Sozialministeriums in Hannover sagte dem „Spiegel“: „Aus unserer Sicht sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass die gegenüber dem Landkreis geltend gemachten Stundensätze im Grundsatz auch der Entlohnung der Beschäftigten entsprechen.“

Kochsalzlösung statt Vakzin

Das inzwischen geschlossene Impfzentrum des Landkreises Friesland ist seit Monaten in den Schlagzeilen, nachdem eine examinierte Krankenschwester zugegeben hatte, Spritzen statt mit Impfstoff überwiegend mit Kochsalz-Lösungen aufgefüllt zu haben. Im Zuge der Ermittlungen geht die Polizei auch dem Verdacht des Abrechnungs Betruges nach. Beamte durchsuchten Ende August mehrere DRK-Gebäude und das Impfzentrum, da fünf DRK-Mitarbeiter im Verdacht stehen, mehr Arbeitsstunden von Personal abgerechnet zu haben als tatsächlich geleistet wurden. Der Kreis hatte daraufhin die Zusammenarbeit mit dem DRK beim Impfzentrum gekündigt.

Eine Sprecherin der Polizeidirektion Oldenburg, bei der die Ermittlungsgruppe Vakzin angesiedelt ist, ging auf Anfrage nicht auf den „Spiegel“-Bericht ein und verwies auch im Fall der Krankenschwester auf die laufende Ermittlungen.



Bereits Ende August durchsuchte die Polizei das inzwischen geschlossene Impfzentrum in Schortens. FOTO: ARCHIV/DPA

AUS DEM NOTIZBLOCK

Neue Liebe und unbekannter Adel



Peter Mlodoč und die Woche in Hannover

Für launige Sprüche – erst recht in eigener Sache – ist der ehemalige Bundesaußenminister, Ex-SPD-Chef und frühere Niedersachsen-Ministerpräsident **Sigmar Gabriel** immer noch gut. Auf einer Veranstaltung des Wirtschaftsrats der CDU in Hannover wollte der Moderator von dem prominenten Gastredner wissen, ob SPD-Kanzlerkandidat **Olaf Scholz** ihn vielleicht um Ratschläge für die Koalitionsgespräche bitten werde. Wohl kaum, grummelte Gabriel. „Er hat sich viel Mühe gegeben, mich loszuwerden.“ Da werde Scholz doch alles versuchen, „dass dieser Schritt nicht wieder rückgängig gemacht wird.“

Eine bittere Aussicht musste **Frauke Patzke**, die gescheiterte Grünen-Kandidatin für das Amt des Regionspräsidenten, ertragen. Die Chef-Juristin im Wissensressort von Minister **Björn Thümler** (CDU) war vor drei Wochen bereits im ersten Durchgang der Kommunalwahlen ausgeschieden. Aber ihr großes Wahlplakat

(„Veränderung beginnt hier“) gegenüber ihrem Amtssitz, an dem sie längst wieder ihre reguläre Arbeit aufgenommen hat, blieb zumindest bis Freitag unberührt stehen. Patzke blickte sich also fast täglich selbst in die Augen. Da war es dann auch kein Trost, dass direkt neben ihr ein anderer großer Wahlverlierer, nämlich CDU-Kanzlerkandidat **Armin Laschet**, ebenfalls weiter auf einem Riesenposter prangte.

Ampel oder Jamaika? In Niedersachsen stellten Grüne und FDP schon mal, allerdings eher unfreiwillig, ihre neue Liebe aus. Auf einem kleinen frisch sanierten Querflur im zweiten Stock des Landtagsnebengebäudes bezogen Parlamentsvize-Präsidentin **Meta Janssen-Kucz** (Grüne) und FDP-Fraktionsvize **Jörg Bode** ihre neuen Büros. Die vier Räume sind sogar mit Zwischentüren untereinander versehen. „Die bleiben aber geschlossen“, betonte Janssen-Kucz. „Geheimhaltung ist kein großes Problem“, bestätigte Bode. „Die Kollegin telefoniert auf Platt, und mit ihrem Sprechtempo komme ich da nicht hinterher.“

Am Morgen nach der Bundestagswahl hatte Niedersachsens CDU-Generalsekretär

Sebastian Lechner alle Mühe, nicht ganz so hart mit dem verkorksten Wahlkampf seiner Bundes-Union ins Gericht zu gehen. Vorsichtig mahnte er mehr Geschlossenheit an. Ob man dann aber nicht den ewig stichelnden CSU-Chef **Markus Söder** endlich mal „einnorden“ müsse, wollte ein Reporter wissen. Da ließ sich Lechner nicht aufs Glatteis führen: „Einen bayrischen Ministerpräsidenten kann man nicht einnorden.“

In seiner letzten Sitzung als Vorsitzender des Finanzausschusses im niedersächsischen Landtag bekam es der frisch gewählte Bundestagsabgeordnete **Stefan Wenzel** (Grüne) mit dem Hochadel zu tun. Es ging um den „Entwurf eines Gesetzes über die Umwandlung Ritterschaftlicher Kreditinstitute“. Wer und was sich denn dahinter verberge, wollte Wenzel von einem Beamten aus dem Hause von Finanzminister **Reinhold Hilbers** (CDU) wissen. Den Titel „Ritter“ gebe es schließlich seit 1918 nicht mehr. Doch die Auskünfte über Ross und Reiter blieben dürftig; Genaueres soll nun nachgeliefert werden. Damit darf sich dann Wenzels Nachfolger rumschlagen.

hannover@weser-kurier.de

Weserleiche: Prozess vor dem Ende

Verden/Nienburg. In dem langwierigen, im Februar begonnenen Prozess um den Tod einer 19-Jährigen in Nienburg steht das Ende bevor. Wegen Mordes und Menschenhandels sind ein 41-Jähriger, seine Ex-Ehefrau (40) sowie ein 54-jähriger Bekannter angeklagt. Sie sollen für den Tod der jungen Frau aus dem Kreis Helmstedt verantwortlich sein. Ihre mit Stromkabeln an eine Waschbetonplatte gefesselte Leiche war am 28. April 2020 Jahres bei Balge aus dem Schleusenkanal der Weser geborgen worden.

Nach Zurückweisung einer Fülle neuer Anträge der Staatsanwaltschaft hat die Schwurgerichtskammer am Freitag die Beweisaufnahme geschlossen. Auch ein weiterer Antrag der Verteidigung auf Aussetzung des Verfahrens wurde abgelehnt. Der Zeitplan sieht vor, dass am Montag sämtliche Plädoyers gehalten und am Mittwoch das Urteil verkündet wird. Die Angeklagten haben sich nicht zu den Vorwürfen geäußert.

Laut Staatsanwaltschaft haben sie die vom früheren Zuhälter „gekauft“, psychisch kranke Frau grausam, zur Verdeckung anderer Straftaten und aus niedrigen Beweggründen getötet, wobei die einzelnen Tatbeiträge nicht genau zu bestimmen seien. Nach dem rechtsmedizinischen Gutachten spricht der „Gesamtbefund“ für einen „Tod durch Ertrinken“. ASI

WESER KURIER

Eine Auswertung dieser Messfelder ermöglicht es uns, täglich die Druckqualität der Zeitung zu überprüfen.

